STADT EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

Niederschrift

zur 1. Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

am 26.01.2021
um 17:00 Uhr in der Aula der Gesamtschule Emmerich am Rhein, Paaltjessteege 1, 46446 Emmerich am Rhein

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

1	05 - 17 0085/2021	Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreterin für den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz
2		Einwohnerfragestunde
3		Verpflichtung der sachkundigen Bürger
4	05 - 17 0087/2021	Überblick über die Ausgleichsflächen; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
5	05 - 17 0088/2021	Errichtung von Miniwäldern auf ungenutzten Flächen; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
6	05 - 17 0090/2021	Errichtung eines Waldlehrpfades im Eltener Wald; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
7	05 - 17 0089/2021	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Maßnahmen des Fachbereiches 16 - Klimaschutz -
8		Mitteilungen und Anfragen
8.1		Auskiesung; hier: Anfrage von Mitglied Hermann Pooth
9		Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende
Frau Sabine Siebers

Mitglieder CDU

Frau Sandra Bongers	
Frau Silke Jelinski	
Herr Dr. Matthias Reintjes	
Herr Ufuk Cosguner	
Herr Jürgen Frericks	
Herr Sebastian Frölich	
Herr Sebastian Tober	Als Vertreter für Mitglied Sloot, ab Top 4

Mitglieder SPD

Herr Ludger Gerritschen	
Herr Daniel Klösters	
Herr Lars Pooth	Als Vertreter für Mitglied Peschel
Frau Meike Schnake-Rupp	Als Vertreterin für Mitglied Wittke
Frau Silke Eicher	Als Vertreterin für Mitglied Armasow

Mitglieder BGE

Herr Jörn Bartels
Herr Simon Terhorst

Mitglieder Grüne

Herr Hermann Pooth

Mitglieder FDP

Herr Steffen Straver

von der Verwaltung

Erster Beigeordneter Dr. Stefan Wachs
Herr Jens Bartel
Herr Phillip Bongers
Herr Niklas Kehren
Herr Andreas Peeck
Frau Regina Pommerin

Schriftführerin

Frau Nicole Hoffmann

Die Vorsitzende Frau Siebers eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz um 17:00 Uhr. Sie begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Einwohner.

I. Öffentlich

1. Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreterin für den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz
Vorlage: 05 - 17 0085/2021

Mitglied Dr. Reintjes stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Beschlussvorschlag
Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz bestellt Frau Nicole Hoffmann zur Schriftführerin und Frau Wiebke van Meegen zur stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis
Stimmen dafür 16 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

2. Einwohnerfragestunde

Seitens der Anwesenden meldet sich keiner zu Wort.

3. Verpflichtung der sachkundigen Bürger

Vorsitzende Siebers verpflichtet die nachfolgend aufgeführten Mitglieder zum sachkundigen Bürger des Ausschusses für Stadtentwicklung mit dem folgenden Wortlaut:

> „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Emmerich am Rhein erfüllen werde."

- Cosguner, Ufuk — Mitglied
- Frericks, Jürgen — Mitglied
- Frölich, Sebastian — Mitglied
- Pooth, Lars — stellvertretendes Mitglied
- Tober, Sebastian — stellvertretendes Mitglied

Alle Mitglieder nehmen die Wahl an.

4. Überblick über die Ausgleichsflächen;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 05 - 17 0087/2021

Herr Bartel erläutert die Vorlage.

Mitglied Tober kommt um 17.05 Uhr zur Sitzung hinzu.

Mitglied Jörn Bartels teilt für die BGE-Fraktion mit, dass man es begrüßt, dass eine Transparenz auch für die Bürger erfolgen soll. Er fragt, ob das Baumkataster der KBE dazu genutzt werden könnte. Im Anschluss stellt sich die Frage, welcher Fachbereich zuständig ist. Es ist bekannt, dass Arbeitsressourcen coronabedingt eingebunden sind und von daher müsste die Angelegenheit nicht vorrangig bearbeitet werden.

Mitglied Dr. Reintjes teilt für die CDU-Fraktion mit, dass man den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt.

Herr Bartel geht auf Wortäußerung von Mitglied Jörn Bartels ein und teilt mit, dass das Monitoring über den Fachbereich 5 abgewickelt wird. Mit Ausgleichsmaßnahmen sind nicht nur Baumpflanzungen gemeint, so dass das Baumkataster nur einen Teil davon abdecken würde. Weiter als Ausgleichsmaßnahmen sind z. B. Pflanzungen von Heidelandschaften anzusehen. Was eine Aufstellung der vergangenen Bebauungspläne betrifft müsste man bis in die frühen 60er Jahre zurückgehen. Das Monitoring diesbezüglich ist in der Regel nach 5 Jahren abgeschlossen und der Eingriff gilt im Bebauungsplan als ausgeglichen. Es würde eine Menge Arbeit bedeuten, die Bebauungspläne daraufhin zu überprüfen. Bei künftigen Bebauungsplanverfahren wird der Ausgleich in einer Tabelle eingetragen.

Die Vorsitzende Frau Siebers meldet sich als Antragsteller zu Wort und erklärt den Hintergrund des Antrages. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatten in der Vergangenheit öfter das Gefühl, dass die Ausgleichsmaßnahmen ein wenig im Sand verlaufen bzw. für viele nicht deutlich war, ob oder was bei einem Eingriff in die Natur tatsächlich ausgeglichen wird. Dies sollte für die Bürger öffentlich dargestellt werden. Der Verwaltungsvorschlag wird begrüßt und würde anregen, z. B. 1x im Quartal einen entsprechenden Bericht im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz vorzustellen.

Für die SPD-Fraktion teilt Mitglied Gerritschen mit, dass sie den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmt und stellt den Antrag, nach Beschlussvorschlag zu beschließen.

Mitglied Dr. Reintjes regt an, einen Stichtag hinsichtlich der rückblickenden Betrachtung festzulegen.
Erster Beigeordneter Dr. Wachs erläutert, dass es sich bei dem Monitoring um zukünftige Ausgleichsmaßnahmen handelt, welche im Sinne der Nachhaltepositi-on im Sinne des Internetauftrittes dargestellt wird. Im Ausschuss für Stadtentwicklung werden die entsprechenden Tagesordnungspunkte behandelt, beraten und beschlossen. Die Ausgleichsmaßnahmen sind in der Regel Bestandteil des Landschaftspflegerischen Begleitplanes.

Beschlussvorschlag
Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt, künftig Ausgleichsmaßnahmen als Überblick auf der Homepage der Stadt Emmerich zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis
Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**5. Errichtung von Miniwäldern auf ungenutzten Flächen;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 05 - 17 0088/2021**

Herr Bartel erläutert die Vorlage.

Mitglied Jörn Bartels erklärt für die BGE-Fraktion, dass man solche Dinge im Naturschutz grundsätzlich unterstützt. Allerdings sieht es in ihren Augen derzeit so aus, dass viele Themen gleichzeitig aufgemacht werden. Die BGE-Fraktion stimmt dem Antrag nicht zu, da es andere Dinge gibt, die in die gleiche Richtung gehen und daher vorrangig bearbeitet werden sollten. Es gibt ein Konzept „Insektenfreundliches Emmerich“, was verfolgt werden sollten. Seiner Fraktion reichen die bislang geplanten Maßnahmen völlig aus. Weiterhin gibt es keine ausreichend großen Flächen und man sieht die Gefahr, dass, wenn die Bäume größer werden, eine Verdrängungsgefahr erzeugen.

Mitglied Gerritschen teilt für die SPD-Fraktion mit, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt wird und stellt den Antrag, nach Beschlussvorschlag zu beschließen.

Mitglied Dr. Reintjes stimmt der Verwaltungsvorlage für seine Fraktion zu. Er gibt allerdings auch zu bedenken, dass derzeit keine ausreichenden Flächen zur Verfügung stehen und man es als Ergänzung zu bestehenden Konzept sehen kann.

Die Vorsitzende Frau Siebers stimmt dem zu, dass es eine Ergänzung ist. Das eine schließt das andere jedoch nicht aus. Beim Miniwald handelt es sich um eine Fläche, die durch eine engmaschige Bepflanzung eine große Wirkung erzielt. In Japan wird die Maßnahme auf winzig kleinen Flächen durchgeführt und dadurch entsteht eine große positive ökologische Bilanz.

Mitglied Hermann Pooth erklärt, dass die Miniwälder deutlich artenreicher sind, wenn sie entsprechend bepflanzt sind. Sie nehmen kein hohes Wachstum sondern eher ein kleines Wachstum in Richtung Bonsai an. Die Miniwälder haben den Auftrag, in einer bebauten Landschaft CO2 zu speichern. Die Miniwälder speichern 40x so viel CO2 wie konventionelle Wälder.

Beschlussvorschlag
Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt, künftig ungenutzte und geeignete Flächen unter Berücksichtigung des Konzepts der „Miniwälder“ zu bepflanzen.

Abstimmungsergebnis
Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 3 Enthaltungen 0

**6. Errichtung eines Waldlehrpfades im Eltener Wald;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 05 - 17 0090/2021**

Herr Bartel erläutert die Vorlage.

Mitglied Gerritschen teilt mit, dass der Eltenberg nach der Rückgliederung Eltens

für einen Waldlehrpfad im Bereich Hoynckallee genutzt wurde. Es handelt sich um eine Fläche, welche von der Gemeinde Elten schonmal besetzt wurde. In den frühen 70er Jahren gab es einen Trimmpfad im Bereich des Sebastian-Kneipp-Platzes und Plagweg, der durchaus für einen Waldlehrpfad genutzt werden könnte. Inoffiziell gibt es auf dem Eltener Berg einen Mountainbikepark, der sich im Bereich der Rudolf-W.-Stahr-Stiftung befindet. Bei der Fläche, die damals bereits als Waldlehrpfad genutzt wurde und sich im Bereich der Rudolf-W.-Stahr-Stiftung befindet, sieht er kein Argument, was gegen eine erneute Ansiedlung eines Waldlehrpfades spricht. Die Zusammenarbeit mit den niederländischen Projektpartnern und der Akquirierung von INTERREG-Mitteln dürfte unproblematisch sein.

Mitglied Dr. Reintjes teilt mit, dass Überreste des alten Waldlehrpfades vorhanden sind. Seinerzeit wurde der Verschönerungsverein Elten eingebunden und er regt an, dies auch jetzt wieder zu tun. Ferner führt er an, dass Frau Dohmen vom Landesbetrieb Wald und Holz NRW in den Ruhestand gegangen ist und der Nachfolger Herr Klemmer ist. Er regt an, Herrn Klemmer in der Angelegenheit evtl. einzubinden und zu einer Sitzung einzuladen.
Abschließend teilt er mit, dass man dem Beschlussvorschlag zustimmt. Die Thematik ist unter dem Masterplan 2.0 zu betrachten.

Für die BGE-Fraktion teilt Mitglied Terhorst mit, dass man dem Beschlussvorschlag zustimmt. Er gibt aber dringend den Auftrag, die Maßnahme richtig zu machen. Es gibt möglicherweise ein Problem mit der Fläche. Vergleichbare Projekte haben eine Länge von 3,5 km bis 5,5 km und es sollte gewährleistet sein, dass man diese Strecke hinbekommt. Eine Konkurrenz zum Barfußpfad sollte nicht stattfinden. Das Problem mit der Mountainbikestrecke könnte dadurch evtl. ein wenig in den Griff zu bekommen sein. Der gestellte Antrag ist seiner Meinung nach nicht detailliert genug, daher schlägt er vor, vorab über einen Arbeitskreis mit den entsprechenden Personen darüber zu beraten. Seine Fraktion stellt den folgenden Antrag mit einer kleinen Änderung des Beschlussvorschlages:
Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt, ein Konzept für einen Waldlehrpfad im Eltener Wald zu erstellen, welches Kosten, Nutzen und die dauerhafte Pflege darstellt. Mögliche Fördermittel sind gleichzeitig natürlich zu prüfen und zu berücksichtigen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt, dass insbesondere beim Masterplan Hochelten bekannt ist, wie die Sache angegangen wurde. U. a. auch vor dem Hintergrund, weil jede Fördermaßnahme heutzutage beispielsweise eine Beteiligung von häufig Interessierten voraussetzt. Die Wortäußerung von Mitglied Terhorst ist somit selbstredend. Es geht heute um die Initiierung eines bestimmten Projektes. Die Förderkulisse wird entsprechend abgeprüft, er erfolgt die Erstellung eines Projektplanes und sämtliche von ihm angesprochenen Schritte würde, wie auch bereits in der Vergangenheit, abgearbeitet werden.
Daraufhin zieht Mitglied Terhorst seinen Antrag zurück.

Die Vorsitzende Frau Siebers lässt über den Antrag von Mitglied Gerritschen, nach Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag
Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt, einen Waldlehrpfad im Eltener Wald einzurichten, sofern für das Projekt Fördermittel, z. B. aus dem INTERREG-Projekt, akquiriert werden können.

Abstimmungsergebnis
Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

7. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Maßnahmen des Fachbereiches 16 - Klimaschutz -
Vorlage: 05 - 17 0089/2021

Herr Bartel erläutert die Vorlage. Zum Sachstand ist zu sagen, dass die Stabstelle „Klimaschutz“ eingerichtet werden soll. Das Bewerbungsverfahren ist bereits gestartet und die Bewerbungsfrist ist abgelaufen. Es waren ein paar interessante Bewerbungen dabei und in naher Zukunft finden die entsprechenden Bewerbungsgespräche statt. Man sieht optimistisch in die Zukunft, dass in naher Zukunft die Stelle besetzt sein wird und das Budget entsprechend verwaltet wird. Auf Nachfrage von Mitglied Gerritschen antwortet Herr Bartel, dass die Stabstelle dem Dezernat I zugeordnet ist. Zukünftig arbeitet der Fachbereich 5 mit der Stabstelle zusammen. Aufgrund der Einrichtung des AUK wurde es als nicht sinnvoll erachtet, das Budget des Fachbereiches 5 vorzustellen, sondern das Budget wird in diesem Jahr im ASE vorgestellt werden. Im nächsten Jahr könnte es anders gehandhabt werden.

Mitglied Dr. Reintjes stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Beschlussvorschlag
Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 016 „Stabsstelle 16 – Klimaschutz“ im Ergebnis- und Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 auf 103.992 Euro fest.

Abstimmungsergebnis
Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

8. Mitteilungen und Anfragen

8.1. Auskiesung;
hier: Anfrage von Mitglied Hermann Pooth

Mitglied Hermann Pooth teilt mit, dass in der Presse zum Thema Auskiesung einiges berichtet wird, u. a. Trinkwasserqualität. Er ist der Auffassung, dass gemeinschaftlich über die Parteigrenzen hinaus ein Zeichen gesetzt werden sollte, indem der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz den Rat auffordert zu beschließen, dass die Stadt Emmerich am Rhein keine weiteren Kiesabbauflächen genehmigt werden und möglicherweise bereits erteilte Genehmigungen zurückgenommen werden.

Mitglied Dr. Reintjes bittet darum, einen entsprechenden Antrag zu stellen, der auf die nächste Tagesordnung gesetzt wird.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt, dass der Rat der Stadt Emmerich am

Rhein diesbezüglich einen Beschluss gefasst hat, der sinngemäß in die Wortmeldung von Mitglied Hermann Pooth geht.
Vorsitzende Frau Siebers bittet um entsprechende Information in der Niederschrift.

Prüfergebnis:
Der Beschluss des Rates war am 04.09.207, Top 15: 51. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) (Änderung der Vorgaben der Rohstoffsicherung und -gewinnung); hier: Stellungnahme der Stadt Emmerich
„Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein schließt sich den Bedenken gegen die 51. Änderung des Regionalplanes an wie sie in der Stellungnahme des Kreises Kleve zum Ausdruck kommen. Er lehnt die weitergehende Darstellung von Sondierungs- bzw. Interessensbereichen im Stadtgebiet, wie sie unter den Ziffern 2101-01, 2102-02, 2103-04 A + B und 2103-03 in der Übersichtskarte der Interessensbereiche resp. In der Erläuterungskarte „Rohstoffe“ dargestellt werden, ab. Insbesondere spricht er sich gegen eine mögliche Darstellung des Emmericher Eylandes (auf Kalkarer Gebiet Nr. 2106-01) als Interessensbereich für die Rohstoffgewinnung aus.“

Dies ist der Grundsatzbeschluss, den die Grünen erneut erreichen wollten. Wie in der Ratsvorlage dargestellt, wurde dieser bereits 2007 im Rahmen der 51. Änderung des Regionalplans gefasst.

9. Einwohnerfragestunde

Seitens der Anwesenden meldet sich keiner zu Wort.

Die Vorsitzende Siebers schließt die öffentliche Sitzung um 17.35 Uhr.

46446 Emmerich am Rhein, den 2. Februar 2021

Sabine Siebers
Vorsitzende

Nicole Hoffmann
Schriftführerin